

04

# Debatte

## EIN NEUER GESELLSCHAFTSVERTRAG

### Rahmungen für Corporate Citizenship

Serge Embacher/Roland Roth

herausgegeben vom

CCCD

Centrum für Corporate Citizenship Deutschland

## Über die Autoren:

**Prof. Dr. Roland Roth** (geb. 1949) ist Professor für Politikwissenschaft am Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH). Er arbeitete als Research Fellow an der University of California in Santa Cruz (UCSC) und am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) sowie als Gastprofessor an der Universität Wien. Sein wissenschaftliches und politisches Interesse gilt vor allem den Themenfeldern Demokratie, Bürger- und Menschenrechte – u. a. als Mitbegründer des „Komitees für Grundrechte und Demokratie“ (Köln), als sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ und in verschiedenen wissenschaftlichen Beiräten von Stiftungen zu den Themen Kinder- und Jugendbeteiligung, Integration und Rechtsextremismus.

**Dr. Serge Embacher** (geb. 1965) ist Politikwissenschaftler und Publizist. Nach dem Studium der Publizistik, Germanistik und Politikwissenschaft promovierte er mit einer Arbeit über kritische Theorie der Öffentlichkeit. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Bürgergesellschaft und Demokratiepoltik. Seit Januar 2010 ist er Leiter der Koordinierungsstelle des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation beim Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE).

## Über das CCCD:

Das CCCD ist eine gemeinnützige Organisation an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. In Kooperation mit führenden Unternehmen, wissenschaftlichen Instituten und zivilgesellschaftlichen Organisationen im In- und Ausland arbeitet das CCCD als Think Space und Kompetenzzentrum sowie als Dialogplattform, Impuls- und Gastgeber für Good Corporate Citizens und diejenigen, die es werden wollen. So organisiert das CCCD Foren für den fachlichen Austausch zwischen Corporate Citizens sowie zwischen Unternehmen, Wissenschaft, Politik und Bürgergesellschaft, fördert und betreibt anwendungsorientierte Forschung, ermöglicht Lernprozesse durch Diskussions- und Fortbildungsangebote und unterstützt die Zusammenarbeit von Unternehmen mit Partnern aus Bürgergesellschaft, Wissenschaft und/oder Politik. Mit Workshops, Publikationen und öffentlichen Veranstaltungen gibt das CCCD darüber hinaus gezielte Impulse für den Diskurs zu Corporate Citizenship in Deutschland sowie für die Praxis gesellschaftlich engagierter Unternehmen.

Das CCCD ist der deutsche Partner des Boston College Center für Corporate Citizenship, USA, Teil des GERN – Global Education and Research Network und des CSR 360-Global Partner Network von Business in the Community, UK.



### Kontakt:

CCCD – Centrum für Corporate Citizenship Deutschland  
Kollwitzstr. 73  
D-10435 Berlin  
+49 (0)30 – 41 71 72 21  
[info@cccdeutschland.org](mailto:info@cccdeutschland.org)  
[www.cccdeutschland.org](http://www.cccdeutschland.org)

## Inhalt\*

Editorial .....	5
Zusammenfassung .....	6
I. DER SOZIALE WANDEL UND DIE FOLGEN .....	7
II. WOZU ÜBERHAUPT EINEN GESELLSCHAFTSVERTRAG? .....	8
III. DIAGNOSE DES ALTEN GESELLSCHAFTSVERTRAGS .....	9
IV. GESELLSCHAFTLICHE LEITBILDER .....	12
V. ZUR BEDEUTUNG VON DEMOKRATIE UND ÖFFENTLICHKEIT .....	13
VI. ELEMENTE DES NEUEN GESELLSCHAFTSVERTRAGS .....	14
VII. GESELLSCHAFTSVERTRAG UND GESELLSCHAFTSVERTRÄGE .....	16
VIII. PRAKTISCHE RELEVANZ UND GESELLSCHAFTLICHE PRAXIS .....	17
IX. FAZIT .....	19

\* Dieser Text resultiert aus einem Projekt unter dem Titel „Neuer Gesellschaftsvertrag in der Praxis“, das durch die freundliche Förderung der Robert Bosch Stiftung ermöglicht wurde.



## Editorial

Bis weit in die 1990er Jahre hinein schien eigentlich alles ganz einfach: Der Staat erlässt und vollzieht Gesetze. Die Bürgergesellschaft ist zuständig für Gemeininn, Solidarität und Sinnstiftung. Die Wirtschaft kümmert sich unterdessen ums Geschäft. So wusste jeder, was er zu tun und was er von den anderen zu erwarten hatte.

Heute ist die Lage unübersichtlicher: Ein Pharmaunternehmen engagiert sich gemeinsam mit Selbsthilfegruppen für Verbesserungen im Gesundheitswesen, eine Unternehmensberatung entwickelt Unterrichtseinheiten für Schulen, eine Wohnungsbaugesellschaft bietet Sozialberatung für arbeitslos gewordene Mieter an. Kurz: Unternehmen betätigen sich in Aufgabenfeldern, in denen man sie erst einmal nicht vermuten würde.

Corporate Citizenship steht in diesem Sinne dafür, dass die gesellschaftliche Arbeits- und Verantwortungsteilung zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft im Umbruch ist. Das gesellschaftliche Engagement von Unternehmen ist weder philanthropisches Sahnehäubchen auf einem im Prinzip wohlgeordneten Gemeinwesen noch Ausfallbürge für Staats- (und Zivilgesellschafts-)versagen, sondern Ausdruck und Triebkraft tiefstehender gesellschaftlicher Veränderungen mit ungewissem Ausgang.

Diese scheinbare Unübersichtlichkeit bildet den Kontext für gesellschaftlich engagierte Unternehmen, und sie stellt Corporate Citizenship-Verantwortliche vor ganz ähnliche Herausforderungen wie Entscheidungsträger und -trägerinnen in gemeinnützigen Organisationen und Politik. Diese Tätigkeiten erfordern enorme Orientierungskompetenzen und die Fähigkeit, in wechselnden Konstellationen handlungs- und kommunikationsfähig zu bleiben.

Die CCCDebatte No 4 macht unter dem Titel „Ein Neuer Gesellschaftsvertrag – Rahmungen für Corporate Citizenship“ ein Angebot zur Deutung und zur praktischen Orientierung in der neuen Unübersichtlichkeit. Der „alte“ Gesellschaftsvertrag der bundesrepublikanischen Nachkriegszeit ist oft und von Vielen verabschiedet worden. Serge Embacher, Leiter der *Koordinierungsstelle des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation beim Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement*, und Roland Roth, einer der führenden sozialwissenschaftlichen Experten zum Thema Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches

Engagement in Deutschland, zeigen Entwicklungen auf, die uns von früheren Formen der gesellschaftlichen Arbeits- und Verantwortungsteilung trennen. Vor allem aber öffnen sie Perspektiven, wie ein Neuer Gesellschaftsvertrag Konturen gewinnen kann. Diesen Neuen Gesellschaftsvertrag entdecken sie, jedenfalls bis auf weiteres, nur im Plural; in unzähligen konkreten Aushandlungssituationen werden viele neue Gesellschaftsverträge erarbeitet. Ein Ansatz also, der konsequent auf Partizipation und Verständigung setzt.

Mit diesem Beitrag setzt das CCCD die Diskussion über die gesellschaftspolitischen Kontexte von Corporate Citizenship fort. Der Neue Gesellschaftsvertrag – im Singular ebenso wie im Plural – spielt in dieser Diskussion die Rolle eines Leitmotivs mit Variationen bzw. – in den Worten von Embacher/Roth – einer „Rahmung“ auch für Corporate Citizenship. Denn auch die gesellschaftliche(n) Rolle(n) von Unternehmen sind Gegenstand dieser Aushandlungen, die Unternehmen selbst und ihre Vertreter wiederum sind unverzichtbare Teilnehmer in diesen Verständigungs- und Verhandlungsprozessen.

Auch diese CCCDebatte ist zugleich Diskussionsbeitrag und Einladung zur weiteren Diskussion. Für diejenigen, die sich aktiv an der Debatte beteiligen möchten, gibt es auf [www.cccdeutschland.org/cccdebatte](http://www.cccdeutschland.org/cccdebatte) Raum und Gelegenheit für eigene Beiträge. Corporate Citizenship und Corporate Responsibility werden zunehmend diskutiert und auch praktiziert. Allerdings sprechen Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik in Deutschland noch immer eher über- als miteinander. Die CCCDebatte will diesen unverbundenen Diskursen einen gemeinsamen Ort geben und das Gespräch miteinander ermöglichen.

Lesen Sie selbst und teilen Sie Ihre Gedanken dazu mit uns. See you on [www.cccdeutschland.org/cccdebatte](http://www.cccdeutschland.org/cccdebatte).

Ihre



geschäftsführender Vorstand CCCD

## Zusammenfassung

Wenn man die sich immer stärker entfaltende Debatte über Corporate Citizenship verfolgt, stellt man fest, dass es viele gute Ansätze gibt, aber kaum geeignete Rahmungen. Der vorliegende Beitrag geht davon aus, dass gesellschaftspolitisch relevante Debatten solcher Rahmungen bedürfen, wenn sie Verbindlichkeit und Konsistenz gewinnen wollen. Insofern stellt er den Versuch dar, einige Pflöcke für ein angemessenes Verständnis von Corporate Citizenship in den Grund zu schlagen.

Dabei setzen die Überlegungen bei aktuellen Tendenzen und Entwicklungen an. Heute zeichnen sich nämlich bereits neuartige Formen der gesellschaftlichen Verantwortungsteilung zwischen Staat, Wirtschaft und Bürgergesellschaft ab, die vor nicht allzu langer Zeit nur schwer denkbar gewesen wären. Vor dem Hintergrund eines tiefgreifenden Wandels der gesellschaftlichen Ordnung und der Verfasstheit des Gemeinwesens in Deutschland lassen sich erste Konturen eines Neuen Gesellschaftsvertrags beobachten. In diesem Neuen Gesellschaftsvertrag muss die Reichweite und Regulierungstiefe staatlichen Handelns ebenso überprüft werden wie die gesellschaftliche Verantwortung von wirtschaftlichen Akteuren, deren exzes-

sive Orientierung am Shareholder Value die Frage nach Stoppregeln und neuen Rahmenbedingungen auf die politische Tagesordnung gebracht hat. Schließlich gilt es, einer selbstbewusster werdenden organisierten Bürgergesellschaft hinreichende Mitbestimmungsmöglichkeiten einzuräumen.

Die Analyse geht von der Annahme aus, dass der alte Gesellschaftsvertrag der Bundesrepublik Deutschland heute unplausibel geworden ist. Dieser „alte“ Vertrag mit seiner korporativistischen Ausrichtung und einer klaren Aufgaben- und Rollenverteilung zwischen staatlichen und wirtschaftlichen Akteuren muss heute völlig neuen sozialen Verhältnissen weichen (Ende des fordistischen Produktionsmodells, Ende des klassischen Geschlechterverhältnisses, Entstehung einer Einwanderungsgesellschaft usw.). An die Stelle des einen mehr oder weniger konsensuellen Modells treten multiple neue Aushandlungsverhältnisse vor Ort. Daher werden im Anschluss an die normative Skizze des Neuen Gesellschaftsvertrags Beispiele für seine Konkretisierung in zahlreichen gesellschaftlichen Zusammenhängen beschrieben.

## I. DER SOZIALE WANDEL UND DIE FOLGEN

Es heißt, wir leben in Zeiten des Wandels. Doch was leicht gesagt ist, lässt sich oft nur schwer beschreiben. Zu komplex scheint die gesellschaftliche Lage zu Beginn des immer noch neuen Jahrhunderts, und zu weit auseinander liegen die mannigfachen Perspektiven, aus denen man es betrachten kann. Wie immer man sich den Dingen nähert: Fest steht, dass wir derzeit eine Phase des gesellschaftlichen Umbruchs erleben. Dieser Umbruch hat tiefgreifende Auswirkungen auf die soziale Struktur der Gesellschaft, ihre ökologischen Überlebensgrundlagen und auch auf ihre politische Verfasstheit. Im Gefüge des alten Gesellschaftsvertrags finden grundlegende Verschiebungen statt, und das berührt ganz wesentlich auch die Rolle von Unternehmen und ihre geschäftlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten. Doch auch die anderen Sektoren, Staat und Bürgergesellschaft, sind von diesen Verschiebungen betroffen. Der folgende Beitrag will auslo-

ten, wie sich das Verhältnis von Staat, Wirtschaft und Bürgergesellschaft heute neu situieren lässt. Dabei geht es vor allem um den zentralen Aspekt einer Vitalisierung der Demokratie. Die Grundannahme lautet, dass den gesellschaftlichen Verwerfungen und Problemen der Gegenwart nur mit einem Mehr an Demokratie und Partizipation begegnet werden kann, um zu legitimen Neuarrangements zu gelangen. Ob man dann am Ende dafür den Begriff des Gesellschaftsvertrags braucht, ist vor diesem Hintergrund fast schon sekundär. Wichtig bleibt, gesellschaftliche Verantwortungsteilung neu zu denken. Diesem grundlegenden Gedanken soll hier nachgegangen werden, sofern er Auswirkungen auf die gesellschaftliche Rolle und Verantwortung von Unternehmen hat. Für die Definition dessen, was man in einem avancierten Sinne unter Corporate Citizenship versteht, dürfte das erhebliche Auswirkungen haben.

## II. WOZU ÜBERHAUPT EINEN GESELLSCHAFTSVERTRAG?

Der Begriff des Gesellschaftsvertrags hat die Eigenart, dass er gleichzeitig permanent Verwendung findet und ebenso permanent verworfen wird. Er dient oft als Beschwörungsformel in Politik und Gesellschaft, wenn es darum geht, gesellschaftlichen Zusammenhalt in Zeiten beschleunigten sozialen Wandels zu bewahren, herzustellen oder zu imaginieren. Und er wird genauso oft verworfen mit dem Hinweis darauf, dass es in modernen, hochgradig funktional ausdifferenzierten und multi-optionalen, pluralistischen Gesellschaften schlicht keinen Platz für kollektive Visionen eines Gesellschaftsvertrags geben könne.

Doch gibt es hüben wie drüben Probleme. Während die bisweilen ermüdenden „Sonntagsredner“ des Kontraktuellen Mühe haben, ihrer Emphase klare Konturen und ein nachvollziehbares Bild von einem Gesellschaftsvertrag als einigendes Band für alle Mitglieder einer Gesellschaft zu geben, kommen die Skeptiker und Anti-Kontraktualisten nicht um das Problem herum zu erklären, wie denn gesellschaftlicher Zusammenhalt ohne eine allgemein akzeptierte ethisch-moralische „Klammer“ möglich sein soll.

Ohne die damit verbundene komplexe Debatte hier auch nur auszugsweise nachvollziehen zu können, lassen sich doch einige grundlegende Ansatzpunkte finden. Man kann nämlich zu Recht darauf verweisen, dass es – zumindest in der westlichen Hemisphäre – einige grundlegende Konstituenten für moderne Gesellschaften gibt, die sich nicht ohne Weiteres bestreiten lassen und die daher als Begründungsanker für die Rekonstruktion der Idee des Gesellschaftsvertrags in praktischer Absicht dienen können: Erstens garantiert und unterstreicht die seit der Französischen Revolution dominante und im Kern unbestreitbare Idee unveräußerlicher Menschen- und Bürgerrechte den Wert individueller Freiheit. Zweitens steht spätestens seit Rousseaus Entwurf einer republikanischen Verfassung des Gemeinwesens die wechselseitige Angewiesenheit der Individuen in der Gesellschaft im Fokus aller Überlegungen, was notwendig die Frage nach einer gerechten Verfasstheit jener zwangsläufigen Gemeinschaft namens Gesellschaft nach sich zieht. Schließlich ist es – *drittens* – unter nachmetaphysischen Bedingungen, d. h. nach dem Niedergang der Religion als Legitimationsquelle für politische Macht, heute selbstverständlich geworden, dass ein politisches Gemeinwesen sich im Medium eines öffentlichen Diskurses und demokratischer Verfahren bewegen muss, um zu legitimen Entscheidungen gelangen zu können.

Die genannten drei Punkte – individuelle Freiheit des Menschen, seine notwendige Vergesellschaftung (verbunden mit der Frage nach Gerechtigkeit) und das demokratische Element politisch-diskursiver Öffentlichkeit – begründen die Notwendigkeit, aber auch die Möglichkeit einer Verständigung über gesellschaftliche Leitbilder, mithin also über die Frage, wie und in welcher Gesellschaft wir eigentlich leben wollen. Erst vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass man um die Diskussion der Idee des Gesellschaftsvertrags nicht herumkommt – und sei es bloß in der negativen Form, dass man entweder die Vertragsidee bezweifelt oder auch die Existenz eines kollektiven „Wir“, um das es beim Gesellschaftsvertrag unter anderem gehen muss, und stattdessen etwas völlig Neues vorschlägt. Da bislang aber niemandem etwas völlig Neues eingefallen ist, lohnt es sich, einige Argumente für den Gesellschaftsvertrag zu entwickeln.

Positiv gewendet münden die klassischen Konzeptionen vom Gesellschaftsvertrag seit Rousseau in der Vorstellung, dass es so etwas wie einen fiktiven „Freiheitsvertrag“ aller mit allen gibt – eine „wirkmächtige soziale Imagination“ (H.-J. Große Kracht), die in allen Köpfen mehr oder weniger präsent ist und die den sozialen Zusammenhalt des Gemeinwesens garantiert. Diese Imagination, die als solche nirgends schriftlich fixiert ist, beinhaltet neben den in der Verfassung garantierten Freiheitsrechten auch ethische Vorstellungen wie Tugendhaftigkeit, Fairness, Transparenz und Toleranz, kurz: jene unhinterfragten Verhaltensvoraussetzungen (civic virtues, Zivilität), die erfüllt sein müssen, wenn Sicherheit, Vertrauen und Gerechtigkeit als zentrale Bestandteile der Existenz eines Gemeinwesens stabil sein sollen. Allein dieser Bezug auf normativ relevante Größen zeigt, dass der Gesellschaftsvertrag heute an die regulatorischen Ideen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gebunden ist. Die Reflexion über Möglichkeiten und Bedingungen eines Gesellschaftsvertrages ist demnach unweigerlich mit der Frage nach der Vitalität und Funktionstüchtigkeit der Demokratie verknüpft. Und spätestens an dieser Stelle stellt sich die Frage nach gesellschaftlicher Verantwortung für die demokratische Verfasstheit der Gesellschaft. Wenn es so ist, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt und ein demokratisches Ethos entscheidende Größen im Gesellschaftsvertrag sind, dann gilt gerade für die „Player“ in den Sektoren Politik und Wirtschaft, dass ihnen ein erhebliches Maß an gesellschaftlicher Verantwortung zukommt. Die praktische Bedeutung grundlegender und konsensfähiger Leitbilder ist für gesellschaftliche Integration zentral: Allein deshalb brauchen wir eine Vorstellung vom Gesellschaftsvertrag – ganz egal, ob wir diese Leitidee am Ende so nennen wollen.



### III. DIAGNOSE DES ALTEN GESELLSCHAFTSVERTRAGS

Nun kommt es allerdings gleich zu konzeptuellen und auch empirischen Problemen, wenn man zu beschreiben versucht, was den „alten“ Gesellschaftsvertrag im Deutschland der Nachkriegszeit eigentlich ausgemacht hat. Klar ist nur, dass die gesellschaftliche Ordnung in den Dezennien nach 1949 von einem Zustand relativ starken Zusammenhalts und sozialer Integration geprägt war. Auch die enormen Zuwanderungswellen (Flüchtlinge, Vertriebene, DDR-BürgerInnen, ab 1955 auch „Gastarbeiter“ aus Südeuropa) schienen durch eine enorme Wohlfahrtsentwicklung („Wirtschaftswunder“) relativ leicht integrierbar. Unklar bleibt, inwiefern dieser Status, der von den Anfängen der Bundesrepublik bis in die 70er Jahre reichte, tatsächlich im kontraktualistischen Sinne als eine Art „Freiheitsvertrag“ verstanden werden kann. Denn die Nachkriegsordnung der Bundesrepublik war ja zunächst nicht oder kaum vom Bewusstsein freier Bürgerinnen und Bürger geprägt, die sich über ihr staatsbürgerlich-demokratisches Bewusstsein im Klaren gewesen wären. Vielmehr ging es nach der selbstverschuldeten Katastrophe des Zweiten Weltkriegs um die Wiederherstellung der kapitalistischen Ökonomie unter den Vorzeichen einer sozialen Marktwirtschaft; ein Prozess, der unter der Vorgabe initiiert wurde, dass Wohlstand für alle langfristig auch zivilisierende Effekte nach sich ziehen würde. Dieses Modell war in sich außerordentlich erfolgreich, und die späteren Liberalisierungsschübe in Deutschland seit den 60er Jahren wären ohne Stabilisierung des Gemeinwesens durch allgemeine Wohlfahrt nicht möglich gewesen.

Von einem Gesellschaftsvertrag im anspruchsvollen Sinne eines „gesellschaftspolitischen“ Grundkonsenses lässt sich mit Blick auf die Nachkriegszeit jedoch allenfalls im Sinne eines Leitbildes von einer modernen Arbeits- und Lebensweise reden. Eine starke wirtschaftliche Wachstumsdynamik, Massenproduktion und Massenkonsum, ein Bedeutungszuwachs der Städte und ihr Um- und Ausbau zu autogerechten Zonen, in denen Funktionen wie Arbeiten, Wohnen und Konsum räumlich getrennt wurden, waren Kennzeichen dieser Interpretation von moderner Lebensweise. Das Element einer politisch-gestaltenden Einflussnahme der Bürgerinnen und Bürger blieb dagegen weitgehend ausgespart, vielmehr dominierte ein „staatsbürgerlicher Privatismus“ (Jürgen Habermas). Dem Gesellschaftsvertrag stimmte man zu, indem man alle vier Jahre von seinem als Bürgerpflicht betrachteten Wahlrecht Gebrauch machte und damit das Politische den gewählten Repräsentanten überließ. Diese wiederum befanden sich im Zusammenspiel mit Kapital- und Gewerkschaftsmacht in einer auf Dauer gestellten korporativistischen Aushandlungssituation, in der die Balance zwischen privaten Interessen und Gemeinwohlorientierung immer wieder hergestellt werden musste – der

Gesellschaftsvertrag als nicht-öffentliches Austarieren von Macht- und Kraftverhältnissen. Wirtschaftsunternehmen trugen ihren Teil zu diesem Gesellschaftsvertrag bei, indem sie sich an Recht und Gesetz hielten (z. B. Arbeits- und Sozialversicherungsrecht), Steuern entrichteten und Motor der Wohlfahrtsentwicklung waren. Darüber hinausgehende Verantwortung in einem ethisch-moralisch anspruchsvollen Sinn wurde ihnen dagegen nicht oder nur marginal abverlangt.

Die gesellschaftliche und institutionelle Ordnung der Bundesrepublik geriet dann seit den 60er Jahren sukzessive in Bewegung. Und es war zunächst das Erstarken der Bürgergesellschaft in Form von außerparlamentarischen Protesten und Neuen Sozialen Bewegungen in den 70er Jahren, was Bewegung in die Aufteilung zwischen den Sektoren Staat, Wirtschaft und Gesellschaft brachte. Aus dem Protest gegen das verschleierte Erbe des Nationalsozialismus, gegen ökologische Zerstörung von Lebensräumen, riskante Technologien und autoritäre Institutionen entstand – egal wie man diese Bewegungen heute bewerten mag – ein neues (und sehr eigentliches) Element des Gesellschaftsvertrags, nämlich das Selbstbewusstsein von Bürgerinnen und Bürgern, durch gesellschaftliches und politisches Engagement das Gemeinwesen mitgestalten zu können. Diese Entwicklung ist bis heute wirksam und hat im kollektiven Bewusstsein tiefe Spuren hinterlassen. Sei es der öffentliche Protest gegen politische Entscheidungen (z. B. Volkszählung in den 80er Jahren) oder gegen technologische Entwicklungen (z. B. Kernkraftwerke), sei es der Kampf um Gleichstellung der Geschlechter, sei es das Einfordern von Minderheitenrechten oder auch nur die staatsbürgerliche Haltung der selbstbewussten Artikulation von Interessen – heute ist das bürgerschaftliche Bewusstsein im Allgemeinen viel stärker ausgeprägt als noch vor 25 Jahren.

Eine weitere Verschiebung im Gefüge des „alten“ Gesellschaftsvertrags berührt das Verhältnis von Politik und Wirtschaft, das sich in den vergangenen zwei bis drei Jahrzehnten stark zugunsten der Wirtschaft verändert hat. Dabei handelt es sich nicht nur um funktionale Verschiebungen zwischen den Sektoren. Der starke Zuwachs an Macht und Einfluss für wirtschaftliche Akteure ist ein Resultat der Internationalisierung der kapitalistischen Wirtschaft, die nationale Politik zumindest partiell dadurch entmachtet hat, dass Kapitalbewegungen und ökonomische Entscheidungen längst die engen nationalstaatlichen Grenzen hinter sich gelassen haben, während eben diese Grenzen für die Staaten selbst eine Beschneidung ihres politischen Einflusses nach sich ziehen. Der Zuwachs ökonomischer Macht ist aber auch Resultat einer tendenziellen Selbstentmachtung der Politik, die unter dem Einfluss

eines öffentlich dominanten wirtschaftsliberalen Mainstream in den letzten beiden Jahrzehnten zahlreiche Verbesserungen für die Kapitalseite durchgesetzt hat. Der Standort- und Steuersenkungswettbewerb, an dem die Industriestaaten sich beinahe ausnahmslos beteiligt haben, sei hier nur als ein Stichwort genannt. Diese freiwillige zumindest teilweise Depotenzenierung des Staates und der Machtzuwachs für wirtschaftliche Akteure haben die Gewichte des alten Gesellschaftsvertrags verschoben, so dass nach einer Welle von Deregulierungs- und Privatisierungsentscheidungen heute der Staat auf vielen Feldern weniger Entscheidungskompetenzen hat als früher.

Bezogen auf die drei Sektoren kann man also in Bezug auf die Idee des Gesellschaftsvertrags resümieren:

- *Staat und Politik* leiden aufgrund der skizzierten Depotenzenierung unter einem Legitimationsverlust, da sie die Erwartungen, die im Rahmen des „alten“ Gesellschaftsvertrags an sie gerichtet werden, nicht mehr ohne Weiteres oder nur noch schlecht erfüllen können. Der Sozial- und Wohlfahrtsstaat ist an Legitimations- und Leistungsgrenzen gestoßen, die er aus eigener Kraft kaum noch überwinden kann. Das ist für das demokratische Gemeinwesen problematisch, weil die Gesellschaft auf sozialen Ausgleich durch die regulatorische Hand des Staates (heute mehr denn je, wie sich gezeigt hat!) angewiesen bleibt.
- *Der Wirtschaft* wächst – ebenfalls aufgrund der geschilderten Entwicklungen – in signifikanter Weise gesellschaftlicher Einfluss und damit politische Macht zu. Das ist für das demokratisch verfasste Gemeinwesen problematisch, weil diese aus ökonomischer Stärke resultierende Macht nur der Logik des Besitzes, nicht aber den Standards demokratisch legitimerter Macht geschuldet ist. Wo Macht aber nicht demokratisch legitimiert ist, droht sie in strukturelle Gewalt (im Sinne Hannah Arendts) umzuschlagen und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu bedrohen.
- *Die Bürgergesellschaft* schließlich hat sich mehr und mehr als konstitutiver Bestandteil des Gesellschaftsvertrags etabliert. Zwar verfügen auch ihre Aktiven und Organisationen nicht über demokratische Legitimation, doch erwächst ihr Einfluss aus der Legitimität der jeweiligen Anliegen (sofern diese an den Grundsätzen des demokratischen Rechtsstaats und unveräußerlicher Menschen- und Bürgerrechte orientiert sind).

Neben diesen Verschiebungen im Bereich grundlegender Voraussetzungen – Staat und Politik haben ihre allumfassende regulatorische Macht verloren, die Wirtschaft hat erheblich an Einfluss und politischer Macht gewonnen, die Bürgergesellschaft ist zum selbstbewussten und pluralen Akteur geworden – lassen sich noch weitere funda-

mentale und vor allem lebensweltlich relevante Faktoren nennen, die das Modell des „alten“ Gesellschaftsvertrags zusehends obsolet werden lassen und die mit den bereits genannten zusammenhängen;

**Aufkündigung des sozialen Versprechens:** Der „kurze Traum immerwährender Prosperität“ – um ein bekanntes Diktum von Burkhard Lutz aufzugreifen – ist heute ausgeträumt. Damit ist gemeint, dass Wachstums- und Sozialstaatsdynamik heute nicht mehr zusammenfallen, wie das in der Bundesrepublik bis in die 80er Jahre hinein der Fall war. Die Attraktivität des „Modells Deutschland“ ergab sich vor allem daraus, dass in diesem Modell wirtschaftliches Wachstum mit dem Ausbau sozialer Bürgerrechte einherging. Heute gilt dieses Grundversprechen des „alten“ Gesellschaftsvertrags nicht mehr. Die Erosion sozialer Bürgerrechte (z. B. soziale Sicherung, Bildung, Lebensstandard) zeigt sich darin, dass trotz einer grosso modo immer weiter wachsenden Wirtschaft damit nicht mehr automatisch bessere Lebensbedingungen für alle verbunden sind. Das Grundversprechen des Gesellschaftsvertrags als Sozialvertrag gilt nicht mehr für alle, und damit ist er in seinen Fundamenten brüchig geworden. Der neuerliche Zwang zur regelmäßigen Reichtums- und Armutsberichterstattung bringt dies sinnfällig zum Ausdruck.

**Grenzen des Wachstums:** Wachstum ohne natürliche Grenzen hat sich als trügerisch erwiesen. Entwicklungen wie Erderwärmung und Klimawandel, aber auch die Begrenztheit natürlicher Ressourcen können heute ernsthaft von niemandem mehr geleugnet werden und zwingen zum Abschied vom „alten“ Gesellschaftsvertrag, der auf immerwährendem Wachstum der Wirtschaft aufbaute.

**Geschlechterverhältnis:** Das Modell „Frau als Hausfrau“ („Male-breadwinner-model“) ist heute von vielen Frauen bereits aufgekündigt worden. Frauen verstehen sich zunehmend als selbstbewusste Teilnehmerinnen am Erwerbsleben, aber auch an der politisch-diskursiven Auseinandersetzung im öffentlichen Raum. Der „alte“ Gesellschaftsvertrag, der – oft kontrafaktisch – eine feststehende Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern vorsah, ist nicht in der Lage, dieses neue Denken zu integrieren.

**Technik und Gesellschaft:** Im alten Modell waren Technik und Fortschritt gleichgesetzt. Das Leitbild von der autogerechten Stadt und die Rigorosität, mit der alte Stadtstrukturen (um deren Erhalt man heute viel geben würde) abgerissen und dem Bau von Autobahnen und Verkehrstrassen geopfert wurden, illustriert sehr anschaulich, dass man lange Zeit davon ausging, dass der technische Fortschritt per se auch gesellschaftlichen Fortschritt bedeute. Heute ist dieses Element des „alten“ Gesellschaftsvertrags überholt. An den Beispielen Kernenergie und Gentechnologie erkennt man ohne weiteres, dass das Leitbild „Technischer

Fortschritt gleich gesellschaftlicher Fortschritt“ nicht mehr funktioniert. Die öffentliche Auseinandersetzung über Technikentwicklung und ihre Folgen zeigt, dass diese Prozesse seitens einer selbstbewusst gewordenen Bürgergesellschaft nicht mehr als quasi-naturwüchsig hingenommen, sondern zum Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzungen gemacht werden.

**Migration und Staatsbürgerschaft:** Das alte Modell des Gesellschaftsvertrags war ein auf den Nationalstaat begrenztes, d. h. es legte eine im Großen und Ganzen homogene Bevölkerung zugrunde. In der heutigen Situation mit etwa 17 Millionen Menschen aus Zuwandererfamilien in Deutschland ist diese Annahme ebenfalls hinfällig geworden. Der „alte“ Gesellschaftsvertrag lässt sich auf diese Situation nicht mehr anwenden, da er nicht in der Lage ist, für Fragen wie die nach den Rechten für Migran-

ten (Status, Mitbestimmungsmöglichkeiten usw.) adäquate Antworten anzubieten.

Diese kleine Typologie des Obsoletwerdens des „alten“ Gesellschaftsvertrags zeigt bereits, welche Anforderungen an einen Neuen Gesellschaftsvertrag gerichtet werden müssen. Erst die Beschreibung des Hinfälligen ermöglicht den Blick auf das Neue und die dahinter liegenden Triebkräfte und nimmt der Debatte um den Neuen Gesellschaftsvertrag das Diffuse und Ungenaue. Als Erkenntnis kann demnach zunächst festgehalten werden, dass sowohl im Zusammenspiel der Sektoren Staat, Wirtschaft und Bürgergesellschaft als auch auf der Ebene einzelner „Vereinbarungen“ und „Regelungen“ der alte Gesellschaftsvertrag unplausibel geworden ist. Zugleich sind damit für die Betrachtung gesellschaftlicher Praxisfelder neue Beurteilungsmaßstäbe gewonnen.

## IV. GESELLSCHAFTLICHE LEITBILDER

Die Reflektion über einen Neuen Gesellschaftsvertrag ist vor allem deshalb aussichtsreich, weil sich mit Hilfe des Vertragsdenkens einige wesentliche Erfordernisse, die sich aus dem oben skizzierten Zustand ergeben, abbilden lassen. Der Neue Gesellschaftsvertrag ist von einem Leitbild geprägt, das den post-fordistischen Bedingungen der Gegenwart Rechnung trägt. Gesellschaft wird hier nämlich verstanden als Ergebnis des bewussten Zusammenwirkens ihrer Mitglieder und Bereiche. Dabei geht es um einen Kanon von wechselseitigen Erwartungen, Rechten und Pflichten, der angesichts immer neuer gesellschaftlicher Herausforderungen und Erwartungen stets neu auszuhandeln ist. Institutionen sind hier nicht feststehende Größen, sondern Ausdruck jeweiliger Kompromisslagen, deren Grundlagen sich immer wieder schnell wandeln. Eigentum, Unternehmen, Staat und Familie sind Beispiele für solche Institutionen, deren Funktionsbedingungen und „Terms of trade“ als Ergebnis von Aushandlungsprozessen zu begreifen sind. Hier liegen Gestaltungschancen jenseits von funktionalen „Sachzwängen“ und betriebswirtschaftlichen „Best-practice-Vorgaben“. Gesellschaftliche Funktionserfordernisse und individuelle Freiheitsansprüche lassen sich nur durch Aushandlungen auf demokratische Weise (Deliberation, Diskurs, Konflikt, Protest, Mediation usw.) so integrieren, dass sowohl Freiheit als auch Ordnung möglich ist. Die Gesellschaft wird im kontraktualistischen Modell neuer Prägung als Ensemble verschiedener Sphären (Michael Walzer) und Bereiche betrachtet (Staat, Wirtschaft, Bürgergesellschaft, einzelne Gemeinschaften usw.), die je unterschiedlichen Funktionsbedingungen unterliegen. Es kommt darauf an, ihre jeweiligen Leistungsmöglichkeiten und -grenzen zu wahren und ein produktives Zusammenspiel auszuhandeln.

Vor dem Hintergrund dieses gesellschaftlichen Leitbilds ist die Idee des Neuen Gesellschaftsvertrags konkurrierenden Modellen überlegen:

Die Nachteile des *korporativistischen Modells* (als Leitbild für den „alten“ Gesellschaftsvertrag) liegen auf der Hand. Aufgrund der geschilderten Tendenzen – anwachsende Wirtschaftsmacht, Depotenzierung des Staates, selbstbewusste Bürgergesellschaft – sowie Erscheinungen wie einer nachlassenden Integrationskraft gesellschaftlicher Großorganisationen (Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und Parteien) in Verbindung mit der unbestrittenen Gefahr gesellschaftlicher Desintegration (Individualisierung, Wertverlust, Erosion sozialer Bürgerrechte) lassen sich mit Hilfe korporativistischer Politik keine überzeugenden Lösungen

für gesellschaftliche Problemlagen mehr entwickeln. Dafür ist dieses Ensemble zu starr. Zudem trägt es den Makel des Intransparenten und der „Hinterzimmerpolitik“.

Ein rein *funktionales Modell* würde hingegen von der Prämisse ausgehen, dass die Gesellschaft im Luhmannschen Sinne nichts anderes als eine Ansammlung von funktional differenzierten Teilsystemen ist, die nach den Gesetzen der Selbstbezüglichkeit (Selbstreferentialität) und Selbststeuerung (Autopoiesis) funktionieren. Dieses Leitbild hätte zur Folge, dass man von einer umfassenden normativen Integration der Gesamtgesellschaft ein für alle Mal Abschied nehmen müsste. Allein der Selbsterhaltungsdrang der Teilsysteme soll in dieser Perspektive noch für Zusammenhalt sorgen. Dass in diesem Modell bürgerschaftliches Engagement und die Idee deliberativer Demokratie keinen Platz mehr haben, muss daher kaum noch eigens hervorgehoben werden. Doch selbst wenn man der radikalen Umdefinition von Gesellschaft zu einem bloßen Funktionszusammenhang folgen würde, wäre damit in keiner Weise zu erkennen, wie die dysfunktionalen Nebenfolgen, die die Teilsysteme im Gesamtsystem Gesellschaft anrichten (ökologische Zerstörungen, Finanz- und Wirtschaftskrisen, Legitimationskrisen der Politik) bewältigt werden sollen.

Schließlich geht das *neo-liberale Modell* in seiner konsequentesten Fassung davon aus, dass es so etwas wie Gesellschaft im Grunde nicht gibt. Für diese Auffassung steht prototypisch das bekannte Thatchersche Wort: „There is no such thing as society.“ Stattdessen dominiert hier das Menschenbild des rationalen Nutzenmaximierers (homo oeconomicus). Das „unternehmerische Selbst“ wird zum universellen gesellschaftlichen Leitbild. Der Einzelne soll radikal frei sein. Gesellschaft ist hier die bloße Summe bzw. nicht planbares Resultat rationaler individueller Wahlakte und Eigentumsbildung. Auch wenn diese besondere Vision einer individualisierten Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten ebenfalls zahlreiche Anhänger gefunden hat, vermag sie nicht darüber hinwegzutäuschen, dass bürgerschaftliches Engagement und demokratische Teilhabe hier nur eine Nebenrolle spielen. Wenn aber diese Faktoren so wenig Gewicht haben, ist auch nicht zu sehen, wie etwa die destruktiven Nebenfolgen einer ungehemmten privaten Nutzenmaximierung aufgefangen werden könnten. Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise ist eine mehr oder weniger direkte Folge des neo-liberalen Gesellschaftsbildes. Schon dieser Hinweis würde ausreichen, um das Modell zu verwerfen.

## V. ZUR BEDEUTUNG VON DEMOKRATIE UND ÖFFENTLICHKEIT

Wenn man sich nun – ausgehend von der Prämisse, dass es hier um das bewusste Zusammenwirken der Gesellschaftsmitglieder und -bereiche gehen soll – daran macht, die Skizze eines Neuen Gesellschaftsvertrags genauer zu konturieren, dann muss dabei zunächst die Bedeutung öffentlicher Kommunikation und demokratischer Beteiligung hervorgehoben werden. Denn wenn es zutrifft, dass ein Neuer Gesellschaftsvertrag eine aussichtsreiche Möglichkeit darstellt, individuelle Freiheitsansprüche in einer pluralistischen Gesellschaft mit gesellschaftlichen Funktionserfordernissen auf produktive Weise zu verbinden, dann spielen die prozeduralen Elemente deliberativer Demokratie eine zentrale Rolle: Öffentliche Diskurse, in denen die Teilnehmenden möglichst vorbehaltlos und unter den Vorgaben von Transparenz und Fairness Argumente und Meinungen austauschen, um in einem verständigungsorientierten Prozess zu neuartigen Aushandlungsergebnissen und Kompromissen zu gelangen, bilden das dynamische Fundament, auf dem sich der Neue Gesellschaftsvertrag bewegt. Denn das ist die Vision des Neuen Gesellschaftsvertrags: Er zielt auf neue demokratisch ausgehandelte Kompromisse zwischen Akteuren, denen ihre traditionellen Rollen mehr und mehr abhanden kommen. Die Politik braucht dringend gesellschaftliches Vertrauen, die Wirtschaft muss – schon im wohlverstandenen Eigeninteresse – Verantwortungsbewusstsein demonstrieren. Die Bürgergesellschaft muss lernen, sich auf die Systemlogiken der Sektoren Staat und Gesellschaft einzulassen, ohne dabei ihren produktiven Eigensinn (Spontaneität, Direktheit, ungefilterter Diskursivität) einzubüßen. All

das kann nur im demokratischen Raum von Partizipation und Mitbestimmung gelingen.

Es geht also ganz wesentlich um das Thema Vitalität der Demokratie. Ohne funktionierende und vom Ethos der Beteiligung getragene Demokratie ergibt es wenig Sinn, über neue kontraktualistische Aushandlungsverhältnisse zu rasonnieren. Dabei ist Demokratie keine Alles-oder-Nichts-Angelegenheit, sondern ein offener Prozess, in dem eine Gesellschaft ihren demokratischen Idealen näher kommt oder sich von ihnen entfernt.

Für den Neuen Gesellschaftsvertrag ist ein *fehlerfreundliches experimentelles Design* gefordert, das Beteiligungserfahrungen und -bewertungen der Bürgerinnen und Bürger immer wieder als Anstoß für Veränderungen einbezieht. Die Vitalität der Demokratie hängt davon ab, dass möglichst vielfältige Formen partizipativer Rückmeldung und Evaluation existieren. Welche Schwierigkeiten diese leicht daherkommenden Anforderungen mit sich bringen, wird klar, wenn man sich die praktischen Konsequenzen vor Augen führt: Der Staat und seine Institutionen müssten sich in erheblichem Maße für Bürgerbeteiligung öffnen. Die Wirtschaft müsste ihre Corporate-Citizenship-Aktivitäten konsequent in Richtung Partnerschaft – und weg vom philanthropischen *Corporate Giving* – entwickeln. Und die Bürgergesellschaft und ihre Organisationen müssten sich auf Pflichten einlassen, die ihrer Spontaneität und Kreativität einiges abverlangen.

## VI. ELEMENTE DES NEUEN GESELLSCHAFTSVERTRAGS

Neben diesen normativen Anforderungen, die an die Idee eines Neuen Gesellschaftsvertrags geknüpft sind, lassen sich aber auch auf der empirischen Ebene gute Voraussetzungen für neue demokratische Aushandlungsprozesse zwischen den gesellschaftlichen Sektoren (oder Sphären) und Bereichen ausmachen. Es gibt positive Signale, und daran lohnt es sich anzuknüpfen:

■ **Partizipatorischer Überfluss.** Der Niedergang konventioneller Formen der politischen Beteiligung ist in vielen westlichen Demokratien mit einem Aufschwung „unkonventioneller“ Beteiligung verbunden. Es ist zu einer Verschiebung und nicht zu einem Zerfall des politischen Interesses, demokratischer Orientierungen und politischen Handelns gekommen. Diese Verlagerung stützt sich auf alles in allem bessere Bildungsressourcen, mehr freie Zeit, materielle Sicherheit, Zunahme postmaterialistischer, auf Partizipation und Selbstverwirklichung gestimmter Werthaltungen, den Abschied von der patriarchalen hin zur demokratischen Orientierungen stärkenden „Verhandlungsfamilie“, sinkende Gewaltneigung und Zivilisierung des öffentlichen Lebens sowie auf eine an Assoziationen, Vereinen und Initiativen reiche Zivilgesellschaft. Dieser praktisch wirksame partizipatorische Überschuss bietet gute Voraussetzungen für den Neuen Gesellschaftsvertrag.

■ **Bereitschaft zu freiwilligem Engagement.** Eine vitale Demokratie ist in hohem Maße von einer lebendigen, demokratisch gestimmten Zivilgesellschaft abhängig. Auch hier gibt es positive Signale. Die Botschaft der Freiwilligen-Surveys von 1999 und 2004 fällt eindeutig aus: Bürgerschaftliches Engagement gibt es in der Bundesrepublik auf hohem und steigendem Niveau. Allerdings fällt auf, dass die demokratiepolitische Dimension des bürgerschaftlichen Engagements bisher eher an den Rand gedrängt wird. Ein zentrales Motiv der Engagierten ist es, wie wir aus vielen Studien wissen, „zumindest im Kleinen etwas gestalten zu können“ – ein genuin demokratisches Anliegen, auch wenn es sich überwiegend in politikfernen Bereichen verwirklicht bzw. verwirklichen muss. In Bezug auf den Neuen Gesellschaftsvertrag ist das eine zentrale Voraussetzung für neue Aushandlungssituationen.

■ **Neue technologische Möglichkeiten.** Die Ausbreitung neuer Informationstechnologien und die enorme Verbilligung von Transportkosten erlauben eine Ausweitung politischer Räume und die Intensivierung politischer Kommunikation. Das schnelle Anwachsen internationaler Nichtregierungsorganisationen in den letzten beiden Jahrzehnten ist eine der konkreten Aus-

drucksformen. E-Mail und Internet haben erheblich zur Herausbildung einer transnationalen Öffentlichkeit, zu transnationaler Mobilität und zu neuen globalen politischen Vernetzungen beigetragen, wie z. B. dem 2001 begründeten Weltsozialforum. Preisgünstige Internetkommunikation hat nicht nur die grenzüberschreitende Wahrnehmung und Vernetzung erleichtert, sondern auch lokalen Initiativen zur Demokratieentwicklung Auftrieb gegeben (Stichwort: „E-democracy“). Neue Informationstechnologien sind dabei, politische Kampagnen und Wahlkämpfe zu verändern – und dies nicht nur im negativen Sinne gesteigerter Manipulationsmöglichkeiten, sondern auch zugunsten deliberativer und gemeinschaftsbildender Elemente. Es geht dabei um Wissen, Transparenz und Verantwortlichkeit steigernde Möglichkeiten, nicht um einen technologischen Automatismus.

Empirisch und auch im kollektiven Bewusstsein in gewisser Weise auch bereits verankert sind also im Grunde all jene Elemente, die als Voraussetzungen für den Neuen Gesellschaftsvertrag betrachtet werden können. Man könnte auch etwas salopp formulieren: An der Bürgergesellschaft soll es nicht liegen, dass neue Aushandlungssituationen erfolgreich verlaufen. Hier sind alle Voraussetzungen für ein neues demokratisch orientiertes Zusammenwirken der gesellschaftlichen Sphären und Bereiche im Prinzip vorhanden. Eher sind es die Bereiche Staat und Wirtschaft, in denen der Einstellungswechsel vorangetrieben werden muss, wenngleich er sich auch hier bereits abzeichnet.

### Staat und Neuer Gesellschaftsvertrag

Die Erneuerungserwartung ist auf der staatlichen Seite daran gebunden, dass aus der Asche der alten Institutionen neue Formen und Institutionen der politischen Beteiligung entstehen, die zu einer weitergehenden Demokratisierung der rechtsstaatlichen Demokratie beitragen. „Vitalisierung der Demokratie“ als Voraussetzung für den Neuen Gesellschaftsvertrag bedeutet in dieser Perspektive, neue Motive (ökologische Themen, globale Gerechtigkeit, Geschlechtergleichstellung usw.) und praktische Anstöße (projektorientierte Beteiligung mit starken Selbstgestaltungsansprüchen, Politik jenseits der traditionellen politischen Lagergrenzen usw.) in den zentralen politischen Institutionen zur Geltung zu bringen und sie entsprechend zu erneuern. In der Bundesrepublik ist die politisch-institutionelle Nutzung dieser neuen demokratischen Ressourcen bisher kaum gelungen. Das gesellschaftliche und politische Engagement in Bürgerinitiativen, sozialen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen, das seit den 1960er Jahren deutlich angestiegen ist, findet in den staatlichen Institutionen allenfalls am Rande Beachtung



und erzeugt meist eher Abwehrhaltungen. Allerdings gibt es auch immer mehr bemerkenswerte Ausnahmen für einen Einstellungswechsel in Staat und Politik. So spielt das Thema Bürgerbeteiligung und Partizipation in zahlreichen Politikfeldern auf kommunaler Ebene mittlerweile eine zunehmende Rolle. Die Ausbreitung und verstärkte Nutzung direkt-demokratischer Verfahren (Bürgerbegehren, Bürgerentscheide etc.) sind dafür ein Beleg.

Dieser Einstellungswechsel ist im Neuen Gesellschaftsvertrag auch unumgänglich. Denn wenn die obenstehende Diagnose zutreffend ist, dann können Staat und Politik ihrer Depotenzen erfolgreich nur begegnen, wenn die Impulse aus einer vitalen Bürgergesellschaft lautverstärkend aufgegriffen und z. B. bei der notwendigen Regulierung oder Einhegung ökonomischer Macht genutzt werden. Neue Aushandlungsergebnisse zwischen Staat und Wirtschaft sind ja nicht bloß ein Ergebnis konsensgeprägter Kommunikation, sondern Ausdruck von Macht- und Kraftverhältnissen. Die Kompetenz und der Einfluss von bürgergesellschaftlichen Organisationen wie Verbraucherschutzorganisationen, Umweltverbänden und Menschenrechtsassoziationen können in öffentlichen Aushandlungsprozessen eine tragende Rolle spielen.

#### Wirtschaft und Neuer Gesellschaftsvertrag

Die Rolle von Unternehmen im Neuen Gesellschaftsvertrag schließt direkt an die staatliche Rolle an. Zunächst ist sie davon geprägt, dass Politik und Staat – unter der ange deuteten Zuhilfenahme der partizipatorischen Potentiale der Bürgergesellschaft – die unternehmerische Sphäre überall dort begrenzen müssen, wo dies nötig ist (z. B. gegen weitere Privatisierungstendenzen der öffentlichen Daseinsvorsorge). Wo sind Stoppregeln für die Wirtschaft nötig, und wo sind privatwirtschaftliche Lösungen sinnvoll und denkbar? In allen anderen Bereichen entfaltet das Modell des Neuen Gesellschaftsvertrags seinen vollen Charme: Wenn Unternehmen sich im Sinne von Corporate Citizenship gesellschaftlich engagieren, dann sollten sie das öffentlich tun und unter Anerkennung der Logik der anderen Sektoren und Bereiche. In der offensiven und

öffentlichen Auseinandersetzung mit den anderen Sektoren und Bereichen der Gesellschaft erfüllen Unternehmen im Rahmen des Neuen Gesellschaftsvertrages in geeigneter Weise Anforderungen an Transparenz und Offenheit. Erst die öffentliche Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Aktivitäten von Unternehmen macht diese zu einem echten Element des Neuen Gesellschaftsvertrags.

#### Aktive Bürgerschaft

Aber auch Kunden und Konsumenten fordern zunehmend nicht nur gute Produkte und Dienstleistungen, sondern klagen z. B. in Boykotts und „Buykotts“ ethisches Wirtschaften von Unternehmen ein. Im Kontrast zum eher passiven Status in der Nachkriegsära setzt der Neue Gesellschaftsvertrag auf eine aktive Bürgerschaft. Dies gilt zunächst für die Ausarbeitung des Gesellschaftsvertrags selbst. Es geht nicht mehr um die stillschweigende Einwilligung in institutionell geprägte Lebensentwürfe, sondern um bewusste und öffentliche Aushandlungsprozesse über Rechte und Pflichten, Verantwortung und Gestaltung, an denen möglichst Viele in möglichst vielen Lebenszusammenhänge zu beteiligen sind. Dies wirkt sich auch auf den Status der Bürgerinnen und Bürger im Gesellschaftsvertrag selbst aus, soweit uns seine Konturen bereits bekannt sind. Empowerment, Engagement und Mitwirkung sind einige der Elemente, denen man heute in allen Lebensbereichen und -phasen verstärkt begegnet. Angeregt durch entsprechende Normen der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen von 1989 erfährt gegenwärtig etwa die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen große Aufmerksamkeit. Die „aktiven Alten“ sind schon seit einigen Jahren auf dem Wege zur neuen gesellschaftlichen Norm. Von Zuwanderern werden heute selbstverständlich eigene Aktivitäten als Paten, Lotsen, Mentoren und Freiwillige erwartet. Alle drei Gruppen waren im klassischen Gesellschaftsvertrag eher passiv eingepasst, von der Arbeitskraft der „Gastarbeiter“ einmal abgesehen. Wenn heute von Bürgergesellschaft oder Bürgerdemokratie die Rede ist, dann ist an eine „aktive Gesellschaft“ gedacht, die von ihren Mitglieder vor allem Engagement und Gestaltungswillen erwartet.

## VII. GESELLSCHAFTSVERTRAG UND GESELLSCHAFTSVERTRÄGE

Bezüglich des Nutzens eines Neuen Gesellschaftsvertrages kann somit festgehalten werden:

- Er kann zur Aufklärung über die normativen Grundlagen aktueller Lebensweisen und gesellschaftlicher Institutionen beitragen, über ihre Kosten- und Nutzenbilanzen, ihre unerwünschten Nebenfolgen und ihre Fragilität. Im Neuen Gesellschaftsvertrag lassen sich Lernprozesse in Richtung neuer Regulierungsweisen bündeln, die größere gesellschaftliche Inklusionswirkungen versprechen, ohne individuelle Freiheitsräume unangemessen einzuschränken. Die gilt z. B. für Formen der garantierten sozialen Grundsicherung, für geschlechtssensible bzw. geschlechtsneutrale Arbeitsteilungen, für die Abkehr von der strikten Erwerbsarbeitszentrierung und für die Aufwertung gemeinschaftlicher Produktion und öffentlicher Güter.
- Nach der neoliberalen Welle gegen die politische Gestaltungsfähigkeit des Gemeinwesens bedarf es einer politischen Wiedereinbettung („reembedding“) der Ökonomie. Dazu ist eine Verständigung über den politischen Steuerungsbedarf nötig, über Eingriffsgrenzen, Stoppregeln und Normen in allen Handlungssphären, d. h. einer substanziellen Thematisierung auch der Produktion und des Konsums.

Wenn man nun aber an den Punkt der Analyse gelangt, an dem es um die konkrete Ausgestaltung des Neuen Gesellschaftsvertrags geht, empfiehlt es sich, vom Singu-

lar in den Plural zu wechseln. Denn über den Gesellschaftsvertrag lässt sich, wenn man das Feld der allgemeinen Bedingungen und Definitionen verlässt und sich der praktischen Relevanz des Konzepts zuwendet, heute sinnvoll nur im Plural reden. Statt einer einmaligen und fiktiven Zustimmung oder der allgemeinen Unterstützung durch periodische Wahlen benötigen demokratisch angemessene Gesellschaftsverträge die Einrichtung von demokratischen Verfahren und Verfassungsnormen, die neue Balancen von Rechten und Pflichten, von Freiheits-spielräumen und Selbstbegrenzungen zum Gegenstand öffentlicher oder zumindest expliziter Verhandlungen machen. Die Gegenstände und Kontexte der jeweiligen Aushandlungssituationen sind so disparat und kategorial verschieden, dass die konkrete Abmachung sich substantiell erheblich von anderen Situationen unterscheidet. In dieser Hinsicht ist jeder Gesellschaftsvertrag singular bezüglich seiner Reichweite, Verbindlichkeit, Eingriffstiefe und zeitlichen Dauer. So wie sich heute Gerechtigkeitsstandards nicht mehr substanziell ohne Berücksichtigung des konkreten Kontextes definieren lassen, verhält es sich auch mit dem Gesellschaftsvertrag. Auf der Ebene der höherstufigen normativen Bedingungen lassen sich einheitliche Anforderungen wie Transparenz, Verständigung, Fairness, Reversibilität und Öffentlichkeit ausmachen. Sobald es aber an konkrete Aushandlungssituationen und ihre materiellen Resultate geht, sind einheitliche Anforderungen nicht mehr definierbar. An dieser Stelle löst sich der eine fiktive Gesellschaftsvertrag in viele konkrete Verträge auf.



## VIII. PRAKTISCHE RELEVANZ UND GESELLSCHAFTLICHE PRAXIS

Neue Gesellschaftsverträge haben sich vor allem in jenen Bereichen ausgebreitet, die mit den beschriebenen Herausforderungen zu tun haben, für die es (noch) keine verbindlichen Lösungen gibt. Kontrakte sind eine Form, in der Ungewissheiten ausgehandelt werden können, wenn es keine institutionellen Regelungen und geteilten Erwartungen gibt oder diese Erwartungen unsicher geworden sind. In einige der innovativen Beteiligungsmodelle sind kontraktualistische Elemente eingebaut, d. h. es werden zu Beginn eines Projekts Verträge geschlossen, die Beteiligungsrechte und -pflichten der Beteiligten fixieren.

Ein Blick auf die aktuellen Wiederbelebungen von Vertragstheorien (z. B. bei Carole Pateman oder T. M. Scanlon) macht den genuin demokratischen Charakter von Gesellschaftsverträgen deutlich. Dies gilt vor allem dann, wenn es nicht um implizite Gesellschaftsverträge, sondern um offen ausgehandelte und explizit gemachte Rechte und Pflichten geht. Dass sie gesellschaftliche Ungleichheiten nicht einfach überwinden können und deshalb in der Regel in asymmetrischen Konstellationen verhandelt werden, gilt es dabei ebenso im Blick zu behalten wie die ausgesparten, stillschweigend vorausgesetzten Elemente der Verträge, die eher aus der Ebene Gesellschaftsvertrag im Singular stammen.

Einige wenige Beispiele mögen die demokratische Produktivität solcher Verträge, besonders der vorgängigen Vertragsverhandlungen, verdeutlichen:

In den letzten Jahren haben sich *Kindertagesstätten* (Kitas) in einigen norddeutschen Kommunen Verfassungen gegeben, die auf einem längeren Aushandlungsprozess zwischen Erzieherinnen, Kindern und Eltern beruhen. In ihnen wird oft bis ins kleinste Detail geregelt, wer von den Beteiligten zu welchem Thema zu befragen ist und welche Institutionen und Regelungen geschaffen werden, um die Umsetzung des Katalogs von Rechten und Pflichten zu garantieren. Es geht dabei um scheinbar so banale Dinge wie den Speiseplan, Schlafzeiten für die Kinder oder Ausflugsziele. Nicht nur für die Kita-Kinder geht es aber um die Gestaltung ihres Kita-Alltags und um das Aushandeln der Bedürfnisse und Anforderungen, die Erzieher und Eltern in diesen Alltag einbringen. Die Kita-Verfassungen versuchen Regelungen zu erfinden, wie der Prozess des Interessenabgleichs aussehen sollte, welche Entscheidungsregeln gelten und wie bei möglichen Konflikten zu verfahren ist. Gleichzeitig übernehmen alle Beteiligten explizit Verantwortung für den Kita-Alltag. Gelingen die Vertragsaushandlungen und führen sie zu einem lebbareren, freilich immer auch revidierbaren Ergebnis, dann ist die Kita zu einem demokratischen Lernort für alle Beteiligten geworden – und damit zu etwas ganz anderem als

einer herkömmlichen staatlichen Institution mit nicht verhandelbaren Vorgaben.

Zu einer demokratisch ambitionierten *Schule* gehören heute ebenso Verträge wie zu verschiedenen Modellen der schulischen Gewaltprävention. Schüler und Lehrer handeln, gelegentlich auch mit Beteiligung der Eltern, z. B. aus, welche Verhaltensweisen sie wechselseitig voneinander erwarten und welches Schulklima sie sich wünschen. Wird gegen die Leitlinien eines zivilen, anerkennenden und respektvollen Umgangs verstoßen, treten zuvor ausgehandelte Sanktionsinstanzen und –mechanismen in Kraft, die einen fixierten Sanktionskatalog umsetzen. Die Festlegung auf zivile Umgangsformen ist für alle Beteiligten verbindlich, aber in der Regel keineswegs selbstverständlich. Dies gilt für Lehrer wie für Schüler gleichermaßen. Sie machen die Schule potentiell zu einem zivilen und angstfreien Ort – und verbessern damit nebenbei die Lernbedingungen.

*Jugendpolitik – "Come in Contract"*: Dieses aktuelle Förderprogramm des Deutschen Bundesjugendrings umfasst 121 Einzelprojekte in 14 Bundesländern zu einer Fülle von Themen (z. B. Soziale Gerechtigkeit, Bildung, Ausbildung, Gewalt, Umwelt, Europäische Union). Gemeinsam ist ihnen die Methode: Jugendliche schließen Vereinbarungen mit EntscheidungsträgerInnen aus Politik und Wirtschaft über die Umsetzung ihrer Forderungen und Wünsche. Aus der Perspektive der Jugendlichen bedeutet dies eine Absage an symbolische Beteiligungsangebote: Der warme Händedruck hat ausgedient; der Jugend ein Ohr leihen, ist nicht das, was „Come in Contract“ fordert. Vielmehr soll mit Jugendlichen als VertragspartnerInnen auf Augenhöhe debattiert werden. Das Programm, das eine Höchstfördersumme von 5.000 Euro pro Projekt vorsieht, ist ein Teil des Aktionsprogramms für mehr Jugendbeteiligung des BMFSFJ, der Bundeszentrale für politische Bildung und des Bundesjugendrings. Eine Broschüre mit Praxisbeispielen (Deutscher Bundesjugendring 2008) lässt deutlich werden, dass es sich um ein Förderprogramm handelt, das Verantwortliche in die Pflicht zu nehmen versucht, die Forderungen von Jugendlichen aufzugreifen und umzusetzen. Es reagiert auf eine gänzlich unzulängliche Beteiligungssituation in der Bundesrepublik. Das Kontraktmodell will Verbindlichkeiten zwischen Trägern und Jugendlichen „auf gleicher Augenhöhe“ ermöglichen. Der aktivierende Modus ist unübersehbar: „Nur wer was macht, kann auch verändern“ lautet ein Motto dieser Kampagne.

*Augsburger Sozialpaten*: Beim Modell der Augsburger Sozialpaten geht es u. a. darum, Menschen vor dem Abrutschen in die Obdachlosigkeit zu bewahren. Akteure

sind die Kommune in Form der Stadtverwaltung, die Wirtschaft in Gestalt der örtlichen Wohnungsgesellschaft sowie Akteure der Bürgergesellschaft, die freiwilligen Sozialpaten. Das herkömmliche Szenario sah aus wie folgt: Ein Mieter verursacht Probleme im Zusammenhang mit seiner prekären Situation (ausbleibende Mietzahlungen, Verwahrlosung der Wohnung usw.). Die Wohnungsgesellschaft schickt Mahnungen und Klagebriefe und setzt den Betroffenen irgendwann aus seiner Wohnung heraus. Die Kommune greift erst ein, nachdem der Mensch zum sozialen Problemfall geworden ist. Sie muss sich um die Folgen der Obdachlosigkeit kümmern (Bereitstellung von Asylten, Herstellen von öffentlicher Sicherheit usw.). Das neue Modell sieht eine neue Aufgabenteilung vor: Die Wohnungsgesellschaft wendet sich im Bedarfsfall an die Kommune und meldet den „schwierigen Fall“. Die Stadtverwaltung garantiert der Wohnungsgesellschaft ihre Mieteinnahmen und setzt einen Sozialpaten ein, der sich um den in Not Geratenen kümmert und mit ihm Wege aus seiner prekären Lage sucht. Man richtet die Wohnung wieder her und kümmert sich gemeinsam um die Inanspruchnahme sozialer Leistungen, geht zur Schuldnerberatung usw. Die Wohnungsgesellschaft kommt dem Betroffenen entgegen, indem Lösungen für den Mietrückstand oder die Renovierung gesucht werden. Der Gewinn liegt für alle Seiten auf der Hand: Der Betroffene entgeht der Obdachlosigkeit und dem Abrutschen ins soziale Abseits. Die Kommune bekämpft Obdachlosigkeit bereits

im Aufkommen und produziert dadurch ein Stück Wohlfahrt, was sie ohne das bürgerschaftliche Engagement nicht bewerkstelligen könnte. Die Wohnungsgesellschaft hat keine Mietausfälle und weniger Verwahrlosung in ihrem Wohnungsbestand. Die engagierten Sozialpaten erfahren ein hohes Maß an Wertschätzung und Anerkennung, da sie auf eine deutlich sichtbare „Leistungsbilanz“ blicken können. Diese Konstellation erzeugt wechselseitiges Vertrauen: Die Kommune erlebt sich als Problemlöser, der Rechtsförmigkeit und korrekte Verfahren garantiert und genau damit den Partnern aus Wirtschaft und Bürgergesellschaft Handlungsspielräume eröffnet, die sie sonst nicht hätten. Die Wirtschaft sieht, dass sie ökonomisch besser dasteht, als wenn sie das Problem laufen ließe, und dass die Kommune nicht einfach das Problem loswerden will, sondern ernsthaft an einer Lösung unter Einbeziehung bürgergesellschaftlicher Akteure interessiert ist. Die Bürgergesellschaft schließlich übernimmt eine Rolle, die sie nur aufgrund ihrer spezifischen Handlungslogik (Hilfsbereitschaft, bürgergesellschaftliche Solidarität) ausfüllen kann. All das kann nur funktionieren, wenn alle Beteiligten sich in einem ständigen Kommunikations- und Austauschprozess befinden. Jeder Fall ist anders und erfordert eine individuelle Lösung. Die kontraktualistischen Elemente des Modells sind unübersehbar und doch nicht standardisierbar. Das macht das Besondere an der Situation aus.

## IX. FAZIT

Unter den Vorzeichen tiefgreifender gesellschaftlicher Strukturveränderungen zeichnen sich neue Formen der gesellschaftlichen Arbeits- und Verantwortungsteilung zwischen Staat, Wirtschaft und Bürgergesellschaft ab. Im besten Falle führen diese neuen Formen zu multiplen Neuen Gesellschaftsverträgen, die in ihrem Insgesamt potentielle Zeichen einer Vitalisierung der Demokratie unter den Vorzeichen einer aktiven Bürgergesellschaft sind. In diesem Szenario bringen engagierte Bürgerinnen und Bürger ihre Erfahrungen und Fähigkeiten in die praktische Gestaltung des Gemeinwesens ein. Dabei werden sie von einem beteiligungsoffenen Staat unterstützt, der das Engagement fördert und ermöglicht. Die neue Qualität zeigt sich auch darin, dass Unternehmen bereit sind, ihre Kompetenzen zum Wohl des Gemeinwesens einzubringen und dabei auch die öffentliche Debatte über Status und Bedeutung unternehmerischen Handelns für die Gesellschaft nicht scheuen.

Positiv bleibt festzuhalten, dass die Debatte um den Neuen Gesellschaftsvertrag sich einer zunehmenden Resonanz erfreut. Offenbar gibt es ein weit verbreitetes Bedürfnis, sich über Konstituentien der gesellschaftlichen Integration auszutauschen und Orientierung zu gewinnen in einer Gesellschaft, deren Strukturen sich erfahrbar verändert haben und noch verändern. Die Praxis der „kleinen Gesellschaftsverträge“ scheint weiter fortgeschritten als die wissenschaftliche und öffentliche Debatte. Das ist insofern überraschend (und positiv), als es lange Zeit so aussah, als ließe die postmoderne Welt nach dem „Ende der Großen Erzählungen“ (Lyotard) keinen Raum mehr für solch grundlegende Auseinandersetzungen. Die Geschichte geht eben doch immer weiter. Sie ist nach vorne offen und demokratisch gestaltbar.

**Verantwortlich**

CCCD - Centrum für Corporate Citizenship Deutschland  
Kollwitzstr. 73  
10435 Berlin

**Lektorat:** Serge Embacher

**Gestaltung**

Nepenthes Digital Media Services  
[www.nepenthes.biz](http://www.nepenthes.biz)

**Auflage:** 1.500

Berlin 2010

gefördert vom:



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend